



Zeitung der roten Hilfe Stadtteilgruppe Moabit Juli 1974 Nr. 3

INHALT:

- S. 1 Spekulanten in der Stephanstrasse ?
- S. 2 Strassenkämpfe in Frankfurt für NULLTARIF
- S. 8 Bullen raus aus dem Stadtteil
- S. 9 ... ein Beispiel
- S. 9 Rotes Volksskino
- S. 10 Sand ins Getriebe der Post
- S. 11 Die kleine Enteignung
- S. 12 Der Klassenbuchklau geht um
- S. 13 Vom Hinterhof zum Spielhof
- S. 14 RAF: Erklärung zur Wb
- S. 15 Kommando Schwarzer Juni
- S. 15 Phantasie an die Macht
- S. 16 CHILE S1 - JUNTA NO
- S. 20 Berliner Solidaritätsaktion mit Chile

SPEKULANTEN IN DER STEPHANSTRASSE ?

Von einer Nachbarin erfuhren wir vor kurzem, daß in dem Haus Stephanstr. 58 über 20 Wohnungen leer stehen. Geht man zum Hauswart, so wird einem gesagt, es wären keine Wohnungen zu vermieten; spricht man ihn auf die leeren Wohnungen an, erhält man die Auskunft: "Nein, die werden nicht mehr vergeben, da das Haus abgerissen wird." Nun ist die 58 ein normaler Altbau, so gut oder so schlecht wie die anderen Häuser hier auch. Allerdings erfuhren wir weiter, daß seit längerer Zeit notwendige Reparaturen nicht mehr gemacht werden. Aber selbst bei Häusern, die schon im Abrissplan stehen, ist der Besitzer dazu verpflichtet, diese auszuführen. Die Stephanstraße ist aber (noch?) kein Sanierungsgebiet. Offenbar versucht hier der Besitzer die Abrissgenehmigung dadurch zu bekommen, daß er das Haus systematisch

verwahrlosen lässt. Ist es auf diese Weise nämlich irgendwann einmal baufällig geworden und sind die Mieter rausgeekelt, gibt es die Genehmigung von der Bauaufsichtsbehörde. Dann ist der Platz frei für ein neues Haus mit Mieten, die wir nicht bezahlen können. Aber wir brauchen Wohnungen, um darin zu wohnen, nicht, um davon zu träumen. Hier soll Profit gemacht werden auf unsere Kosten. Es wäre wohl nur eine Frage der Zeit bis dieses Beispiel Schule machen würde in der Stephanstraße.

Überlegen wir uns, was wir dagegen unternehmen können. Treffen wir uns bei der Mieterberatung, donnerstags von 17 bis 19 Uhr, Stephanstr. 60, Sozialistisches Zentrum, rote Tür.



Seit Montag, den 27. Mai versuchen mehrere tausend Demonstranten die Fahrpreiserhöhungen zwischen 30 und 200 % zu Fall zu bringen. Sie kämpfen auf der Strasse gegen die neuen Fahrpreise, weil inzwischen klar ist, daß die wortreichen Proteste des DGB, der JUSOS und tausender Frankfurter Bürger nichts geholfen und geändert haben. UNSERE FORDERUNG IST NULLTARIF, WEIL WIR NICHT ZUM VERGNÜGEN MIT DER STRASSENBAHN FAHREN, SONDERN WEIL WIR ZUR ARBEIT UND ZUM EINKAUFEN MÜSSEN!! Immer mehr Banken und Versicherungen machen sich in der Innenstadt breit. Wohnraum wird so zerstört, für die verbliebenen Wohnungen steigen die Mieten. Unser Weg zur Arbeit wird immer länger. Wenn wir den Weg zur Arbeitszeit rechnen, dann haben wir heute wieder den 10-Stunden-Tag. DESHALE FORDERN WIR DIE EINBEZIEHUNG DER FAHRTZEIT ALS ARBEITSZEIT!! Sollen doch die den Ausbau der Verkehrsmittel und die Fahrpreise bezahlen, die daran verdienen: Die Be-

triebe und Geschäfte, die großen Unternehmen, alle, die von unserer Arbeit leben! Manche, die auch gegen die Fahrpreiserhöhungen sind, sagen, daß Nulltarif unrealistisch ist. Aber: Wenn die Forderung nach Nulltarif unrealistisch ist, dann waren auch die Forderungen nach dem 8-Stunden-Tag oder nach Schulgeldfreiheit unrealistisch! Schließlich wurden sie auch nur durch Kämpfe durchgesetzt und nicht dadurch, daß man sich die Köpfe der Kapitalisten und ihrer SPD-Helfer zerbricht, woher das Geld dafür kommen sollte! (Mit den 5 Millionen DM, die die Frankfurter Bullen gerade vom hessischen Innenministerium geschenkt bekamen, könnte z.B. schon mit der Erfüllung unserer Forderungen begonnen werden, anstatt sie in die weitere Perfektionierung der Bürgerkriegsmaschinerie zu stecken!) Wenn Rudi Arndt (Frankfurter Oberbürgermeister) schon mit dem Argument kommt: Wenn Nulltarif, dann weniger Kindergärten, weniger Schulen, dann

fragen wir, warum nicht weniger Bullen, weniger Bundesgrenzschutz, weniger Militär, weniger Aufpasser in den Strassenbahnen?? Warum stellt sich für die Bonzen nur immer die Alternative zwischen zwei sozialen Bedürfnissen, warum geht nur das eine o d e r das andere?? Schließlich gibt es weder vernünftige öffentliche Verkehrsmittel, noch genügend Kindergärten, noch genügend Krankenhäuser. Das liegt daran, daß nicht für uns geplant wird, sondern für die Betriebe, den Umsatz und für die Spekulanten.

Eins ist sicher: Niemand aus der Bevölkerung empfindet es als Fortschritt, schon wieder mehr bezahlen zu sollen. Die SPD weiß das. Aber sie will dem Protest nicht nachgeben. Deshalb muß sie versuchen, durch den Einsatz ihrer militärischen Bullenmaschinerie jeden praktischen Versuch zu verhindern, der gegen die Fahrpreise gerichtet ist.

Mit Hilfe der bürgerlichen Presse und des Fernsehens versuchen die Bonzen gleichzeitig, die Wut der Bürger über die Fahrpreiserhöhung umzulenken gegen die , die aktiv mit Blockaden und Demonstrationen dagegen kämpfen. "Schmarotzer und Chaoten seien daran schuld, daß Arbeiter und Angestellte nicht nach Hause kommen." Die Fahrpreiserhöhung kann aber nur zu

Fall gebracht werden, wenn sich möglichst viele Frankfurter am Boykott der öffentlichen Verkehrsmittel und am Barrikadenbau auf den Straßenbahnschienen beteiligen. Wir wollen niemand, der heimfahren will oder muß daran hindern! Deshalb haben wir eine KOTE-PUNKT-Aktion aufgebaut. (Nach dem Vorbild von Hannover - wo es 1971 zur Lahmlegung des öffentlichen Nahverkehrs kam, nachdem die Stadt die Fahrpreise erhöht hatte - kleben Autobesitzer einen roten Punkt auf die Windschutzscheibe ihrer Wagen, um Passanten zu zeigen, daß sie bereit sind, sie kostenlos mitzunehmen.) Durch diese Selbstorganisation werden Teile der Bevölkerung vom öffentlichen Verkehrsnetz unabhängig. Die Rote-Punkt-Aktion ist aber keine Alternative zu öffentlichen Verkehrsmitteln, die zum Nulltarif fahren! Wir wollen weiter versuchen, möglichst viele Frankfurter in den aktiven Boykott der Fahrpreise einzubeziehen. Möglichst viele müssen sich mit dem aktiven Kampf praktisch solidarisieren!

WIR LASSEN UNS DURCH DIE BULLENEINSÄTZE NICHT EINSCHUCHTERN! WIR KÄMPFEN WEITER UM UNSERE FORDERUNGEN!!

(Veränderter Artikel aus: Wir wollen alles, Sondernummer zur Fahrpreiserhöhung)



③

Chronik der Frankfurter Ereignisse

1. Mai 74: Friedliche Demonstration zehntausender Frankfurter zum Rathaus. Forderung: Keine Erhöhung der Fahrpreise!
2. Sonntag, 26. Mai: Einführung des Frankfurter-Verkehrsbundes (FVV) in Verbindung mit den saftigen Fahrpreiserhöhungen. Am selben Tag: Aufrüstung der Bullen mit Helmen, Pistolen, Wasserwerfern, Tränengas - dem chemischen Kampfstoff CN - und mit Knüppeln. Verstärkter Einsatz von Zivil- und uniformierten Streifen. Verstärkung der Frankfurter Bullen durch Wiesbadener Polizei. Anweisung der Stadtwerke an alle Bedienstete: Flugblattverteiler, alle die für den Nulltarif Propaganda machen oder Diskussionen anzetteln wollen, sind mit Hilfe der Bullen aus den Verkehrsmitteln zu werfen und als "Rädelsführer" verhaften zu lassen. Kommentar eines Frankfurter Bürgers: "Man meint es wäre Mobilmachung, dabei wird der FVV eingeführt." (Zitat aus der Frankfurter Rundschau vom 25. Mai 74)
3. Montag, 27. Mai: Erster Tag der Straßenkämpfe. Mit Sitzstreiks und Barrikaden aus Kästen und Blumenkübeln werden die Bahnen am Fahren gehindert. Antwort der Bullen: Wasserwerfer, Knüppel und Verhaftungen. Bis in den späten Abend dauern die Kämpfe an.
4. Dienstag, 28. Mai: Die Kämpfe gehen weiter.
5. Mittwoch, 29. Mai: Ein Wasserwerfer überfährt den 17-jährigen Schüler Thomas Hytek, der lebensgefährlich verletzt wird. Verstärkte Auseinandersetzungen in der Innenstadt: Die Demonstranten kämpfen mit Steinen und Flaschen gegen die Bullen. Die ziehen alle Register ihrer Bürgerkriegsmaschinerie: Einsatz des Kampfstoffes CN, Absperrungen der Innenstadt, wildes Zusammenknüppeln von Demonstranten und Passanten, 106 Verhaftungen. Am Abend erzählt Oberbulle Knut Müller im Fernsehen die Lüge, Thomas sei nur leicht verletzt worden.
6. Donnerstag, 30. Mai: Diese Lüge wird auf Anordnung des Schulamts in allen Frankfurter Schulen verlesen. Die Ärzte der Uniklinik, in deren Intensivstation Thomas immer noch bewusstlos liegt, treten mit der richtigen Diagnose - Schädelbruch und Hirnschwellung - an die Öffentlichkeit. Die Straßenschlachten gehen weiter. Mehrere Bullen werden verletzt.
7. Freitag, 1. Juni: Die Bullen verbieten zwei Demonstrationen, die sich gegen den Mordversuch an Thomas und gegen das brutale Vorgehen der Bullen richten. Die Justiz rüstet auf: Die Politische Abteilung der Staatsanwaltschaft wird mit drei Staatsanwälten verstärkt, die mehrere 100 Ermittlungsverfahren gegen Demonstranten einleiten. Die Demonstranten diskutieren und verteilen Flugblätter in sämtlichen Frankfurter Stadtteilen, um die Bevölkerung über das Geschehen in den vergangenen Tagen aufzuklären.
8. Sonnabend, 2. Juni: Eine angemeldete, große Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhung wird verboten. Ganze Bullenheere stehen bereit und knüppeln an den Sammelpunkten jede Menschenansammlung auseinander.
9. Auch in der folgenden Woche wird der Kampf weiter geführt. Allerdings nicht mehr so massiv und konsequent. Dennoch kommt es in vielen Fällen zu Auseinandersetzungen mit den Bullen.

④



Dokumente zu den Ereignissen

Es sagte Oberbulle Knut Müller zum Mordanschlag an Thomas Hytrek: "Es gibt fünf dienstliche Erklärungen (Eine Krähe hackt der anderen bekanntlich nicht die Augen aus!) und ebensoviele (gekaufte??) Zeugenaussagen, wonach die Besatzung des Wasserwerfers an dem Unglück keine Schuld treffe. Thomas Hytrek habe von hinten kommend in dem Augenblick an dem Wasserwerfer vorbeilaufen wollen, als der gerade nach links abbog. Unstrittig ist, daß der Schüler vom linken Kotflügel des Wasserwerfers auf das Pflaster des Römerbergs geschleudert wurde."

Und Innenminister Hans-Heinz Bielefeld erklärt dazu:

"Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, der 17-jährige sei absichtlich überfahren worden. Die Polizei verfügt über einwandfreie Zeugenaussagen, wonach der Fahrer völlig schuldlos ist."

Da hat der hessische Kundfunk andere Zeugen:

Reporter: "Ich darf vorausschicken, daß die Polizeipressestelle eben gerade uns gesagt hat, dieser Junge sei in das Fahrzeug hineingelaufen. Wie haben Sie's gesehen?"

1. Zeuge: "Das ist nicht wahr... ich sah den Mann da stehen... und dann sah ich den Wasserwerfer mit einer höheren Geschwindigkeit um die Ecke kommen und auf den Fahrer zu (gemeint ist Thomas Hytrek). Ich riß ihn noch zurück, er wurde vorne angefahren, verlor die Balance und fiel unter die hinteren Wagenräder..."

Reporter: "Ist nun der junge Mann in das Fahrzeug hineingelaufen?"

1. Zeuge: "Nein, nein, das ist nicht wahr!"

Reporter: "Hier nickt noch ein zweiter mit dem Kopf. Wie haben sie den Unfall gesehen?"

2. Zeuge: "Ich kann nur bestätigen, was meine Vorrednerin gesagt hat. Daß der Fahrer willkürlich draufgefahren ist und ich glaube auch, ich kann mir nichts anderes vorstellen, denn der Fahrer muß diesen jungen Mann gesehen haben, die Demonstranten waren schon weit weg."

Es sagte Innenminister Bielefeld zur Kritik an den brutalen Bulleinsätzen:

"Ich stehe ohne jeden Abstrich zu den taktischen Maßnahmen der Frankfurter Polizeiführung. Ein Fehlverhalten ist natürlich nicht immer auszuschließen."

Zum Tränengas CN

(nach einem Gutachten einer pharmakologischen Zeitschrift)

Die Wirkungsweise von CN: In kleinen Konzentrationen führt das Gas zu Augenschmerzen und Schleimhautreizungen, in größeren Dosen wirkt es wie Chlorgas. 10 l. einer Wasserwerfermischung können unter ungünstigen Umständen zum Tod führen (Lungenödem). Dies ist der Fall, wenn eine größere Menge Menschen mit durchnässten Kleidern in einem geschlossenen Raum eingepfercht ist (Arrestzelle, "Badewanne"). Die Hersteller von CN schreiben in ihrer Gebrauchsanweisung, daß CN eine Waffe sei, bestimmt für Beamte, die besonders gefährliche Aufgaben wahrzunehmen haben. (Besonders gefährlich war offensichtlich jeder, der sich in den Nachmittags- und Abendstunden des 29. und 30. Mai in der Innenstadt aufhielt.) Besonders auffällig bei dem Frankfurter CN-Einsatz ist die starke Konzentration der Gas-Wasser-Mischung. Die Polizei hält sich hier nicht an die minimalsten Vorschriften. Polizeigutachter Gromes errechnete in seinem Gutachten bei "normaler" Mischung eine Konzentration in der freien Luft von 30 mg pro Kubikmeter Luft. Da eine Konzentration von 65-120 mg pro Kubikmeter in zehn Minuten tödlich wirken kann, ist es sicher nicht erlaubt, hier von harmlosen und unschädlichen Einsätzen zu sprechen. 5 mg pro Kubikmeter Luft stellen bereits eine Unerträglichkeitsgrenze dar, die hier um das sechsfache übertroffen wurde. Der Einsatz der CN-Wasserwerfer ist lebensgefährlich!

Polizeifunk, 30.5.74, 17 Uhr 45:

"Zugführer außer Gefecht durch Einwirkung von Tränengas." (Ha, ha, ha!)



Meldungen zu den Straßenschlachten:

Durch schlechte Personalorganisation werden bewußt Zustände herbeigeführt, mit denen man den gewollten Terror nachträglich entschuldigen will!

Frankfurter Rundschau vc

Als gegen 19.30 Uhr wieder Ruhe eingekehrt war, sorgte ein unmotivierter Tränengaseinsatz auf der Zeil für neuen Konflikt. Polizisten hatten offenbar den Befehl erhalten, Neugierige und Demonstranten aus dem Zeilbereich zurückzudrängen. Die Polizisten gingen langsam voran. Ebenso gemächlich wichen Passanten und Demonstranten zurück. Niemand wehrte sich. Dann griffen mehrere Beamte ohne ersichtlichen Grund zur Tränengasssprühpistole.

Zunächst wurde in die Luft gesprüht. Als zwei Journalisten fragten: "Was soll das, hier setzt sich doch niemand zur Wehr?" war die Antwort ein "Schuß" aus der Tränengasdose: Aus etwa 75 Zentimetern ins Gesicht. Kurz zuvor traf einen jungen Mann mit langen Haaren plötzlich ein Schlag mit dem Gummiknüppel am Hinterkopf. Der junge Mann war wie alle anderen zurückgegangen, ohne Gegenwehr.

Als einer der Journalisten später von einem Zugführer wissen wollte, wer für den Tränengaseinsatz verantwortlich war, erhielt er die Antwort: "Du Sau, du willst wohl provozieren, willst wohl den Gummiknüppel sehen."

FAZ-Kommentar

Der Oberbürgermeister (Rudi Arndt) nennt sie (die Demonstranten)...Kriminelle und Attentäter auf die parlamentarische Demokratie. Als ob je während der letzten Jahre...diese parlamentarische "Klamotte" noch eine Rolle gespielt hätte.

Richtig, Frankfurt ist fest in der Hand der multinationalen Konzerne!

...Kopfmann heißt es: "Polizeibeamte im Alter zwischen 18 und 58 Jahren wurden ohne Pause und ohne Verpflegung von 12 bis 21 Uhr auf der Zeil regelrecht verheizt. Wasserwerfer-Besetzungen mußten um 5 Uhr ihren Dienst antreten und kamen spät am Nachmittag zum Einsatz." Ähnliche Klagen hatte Kopfmann bereits anlässlich der Westend-Einsätze seiner Kollegen geführt.

Der örtliche Einsatzleiter, Polizeioberrat Linker, gab auf Anfrage der FR organisatorische Schwierigkeiten zu. Bei der Beurteilung polizeilichen Verhaltens müsse man diese Mißstände mit berücksichtigen.

28.5.74:

Nach einem von Beobachtern gleichfalls als reine Machtdemonstration empfundenen Einsatz im Hauptwachenbereich und organisatorischen Pannen bei der Leitung des Einsatzes auf der Zeil, erklärte Polizeipräsident Knut Müller in einer Pressekonferenz am späten Montagabend: "Mag sein, daß wir hier und da auch mal über das Ziel hinausgeschossen sind. Das bestreiten wir gar nicht. Das kann passieren. Das steckt bei uns drin."

7

"POLIZEIBEAMTE REGELRECHT VERHEIZT"
Nach Informationen des Personalrates der Frankfurter Polizei haben uniformierte Kräfte während der letzten Tage in Frankfurt unter außergewöhnlichen Belastungen gearbeitet.

1.6.74:

Rephanstrasse passierte vor ein paar Wochen folgendes: Ein Ausländer hatte Streit in einer Ge. Einer der Anwohner rief die Bullen und es kam zu einer Prügelei zwischen dem Ausländer und den Bullen. Eine Frau unter den Zuschauern unterstützte die Bullen. "Macht ihn fertig! Ausländerpack! Die haben hier nichts verloren!" so rief sie. Ihre ganze Wut entlud sich gegen den Ausländer.



Wir erfahren es täglich am eigenen Leibe. Der Terror auf der Arbeit, Angst um die Wohnung, Konkurrenz mit den Nachbarn. Es gibt kaum einen Bereich unseres Lebens, wo wir die Unterdrückung nicht spüren. Oft sind wir geladen vor Wut über unsere beschissene Lage, suchen nach einer Möglichkeit, abzulassen. Die Herrschenden lassen keine Gelegenheit aus, uns vorzuspielen, wie allmächtig sie seien. Man kann fast nicht über die Straße gehen, ohne nicht einem ihrer Bullen zu begegnen. Wir sollen jede Hoffnung auf Gegenwehr aufgeben, Angst vor ihnen haben, uns auf ihre Seite stellen. Die Frau hat aus Angst vor der Gewalt der Bullen sich auf ihre Seite gestellt, hat ihre ganze Wut an dem Ausländer abgelassen. So wird es uns durch Zeitungen, Fernsehen usw. ständig eingehämmert: Die Ausländer sollen schuld

8

RAUS AUS STADTTEIL!

sein, an unserer Angst die Arbeit, die Wohnung zu verlieren. Doch sie arbeiten für die gleichen Bonzen, wohnen in den gleichen Mietknästen, haben die gleiche Angst um den Arbeitsplatz. Indem wir an ihnen ablassen, richten wir den Terror, den wir täglich erleben, gegen die, die in der gleichen oder noch größeren Scheiße stecken als wir selbst. Und indem wir so unsere Mitmenschen und Nachbarn unterdrücken, unterdrücken wir auch uns selbst, verbauen uns die Möglichkeit, unsere wahren Feinde zu erkennen. Was den Bonzen nützt, schadet uns!

BULLEN MUSSEN RAUS AUS UNSEREM STADTTEIL!

GEMEINSAM SIND WIR

STARK!



...EIN BEISPIEL.....

Am 8. Juni, 6 Uhr morgens griffen 60 Linke das Bullenrevier an der Opéra in Paris an, legten Feuer an zwei Einsatzwagen, droschen die Bullen drinnen zusammen, zwei Bullen wurden verletzt, und alle 60 verschwanden wieder in der Metro. Nach der Aktion veröffentlichte die Gruppe folgende Erklärung:

"Die 60 Anti-Faschisten die das Opéra-Polizeirevier überfielen, fühlen sich vollständig in ihrer Tat gerechtfertigt. Es ist das selbe Polizeirevier, in dem (am 22. Mai) 54 Arbeitsemigranten mit Gas gefoltert wurden. Keiner der Bullen auf dem Revier versuchte den 6 Arbeitern, die bis zur Bewusstlosigkeit vergast wurden, in ihrer Zelle zu helfen. Wenn die Polizei 54 Arbeitsemigranten foltern kann, während die Presse und verschiedene Anwaltsgruppen über die Inhaftierung informiert sind, was mag dann ein e m

dort alleine passieren? Wenn die Polizeibehörde 54 Männer zynisch der Lüge bezichtigen kann, wenn die Presse entscheiden kann, sich bei solchen Polizeimethoden still zu verhalten, dann ist es Zeit für uns dafür zu kämpfen, daß die Ernsthaftigkeit der Drohung, der wir täglich ausgesetzt sind, erkannt wird. Wir Anti-Faschisten wissen, daß, wenn wir nicht auf solche Folterungen der Arbeitsemigranten, die für ihre Arbeitsrechte kämpfen, reagieren, jeder von uns, Franzose oder Emigrant, bald auch gefoltert werden kann. Protest alleine reicht nicht: Emigranten wurden auch schon getötet, in Bullenrevieren oder durch Rassisten auf der Straße. Die Morde wurden kaum geahndet. Wir werden die Bullenbrutalität gegen die Emigranten nicht länger dulden, wir werden sie bekämpfen."

Am Sonntag, 9.6., zeigten wir den Film "Der Kampf um die Putte". Zu diesem Film kamen mehr Leute als sonst und es entwickelte sich das erste Mal nach der Vorführung eine Diskussion unter den Zuschauern. Wir haben aus dieser Veranstaltung gelernt, daß das Rote Volkskino bisher nichts mit unseren Interessen zu tun hatte:

Ursprünglich hatten wir uns überlegt, Spielfilme zu zeigen, die von Widerstandskämpfen handeln.

Dann bereiteten wir aber die Filmsonntage nachlässig vor: zeigten die Filme, die wir gerade günstig beschaffen konnten und überprüften nicht, was sie mit uns zu tun hätten. Damit stellten wir lediglich ein weiteres - und dazu auch noch schlechtes - Konsumangebot neben Fernsehen und Kino.

Wer bei der Filmauswahl und der Organisation der Veranstaltungen mitarbeiten will, soll donnerstags zwischen 17 und 19 Uhr in den Stadtteilraum (im Sozialistischen Zentrum, Stephanstr. 60, Fabrikgebäude, rote Tür) kommen.

Die Kinder protestierten gegen diese Scheisse, indem sie während der Vorführungen heruntobten, sodaß wir sehr bald die Kindervorstellungen wieder abbrechen. Die Erwachsenen blieben einfach weg.

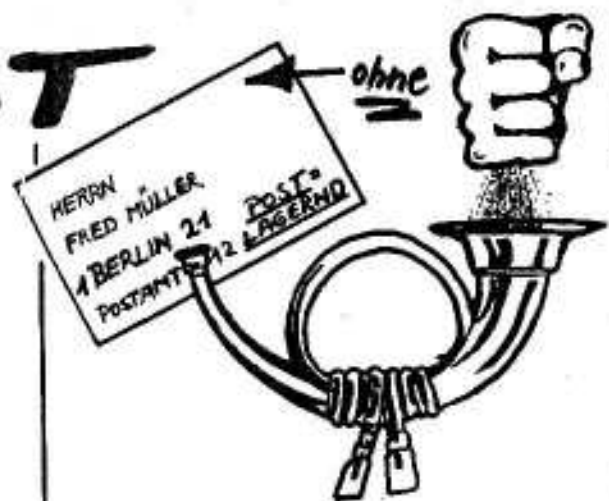
Beim Flugblattverteilen sind wir auf den Putte-Film angesprochen worden und hatten kurz darauf die Möglichkeit, ihn zu zeigen. Jetzt soll das Rote Volkskino verändert werden:

Es sollen Filme über die Kämpfe des Volkes gezeigt werden - ähnlich wie der Putte-Film. Die Veranstaltungen finden nicht mehr regelmässig (wie bisher) statt, sondern immer dann, wenn wir einen solchen Film bekommen können.

SAND INS GETRIEBE DER POST

Vor ein paar Wochen schrieben wir auf die Rückseite eines Filmflugblattes:

"EIN NACHBAR KÄMPFT! Letzthin verteilten wir 2000 Flugblätter "Freiheit für alle Gefangenen, Nr. 5" in den Briefkästen der Stephanstr. Einer unserer Nachbarn, dem das nicht gefiel, wurde aktiv: Er faltete das Flugblatt fein säuberlich. (muss wohl ein Beamter sein), steckte es in einen Briefumschlag, schrieb drauf "unerwünschte Zustellung", schrieb unsere Adresse auf den Umschlag, vergab tapfer seinen Absender und schickte uns das ganze ohne Briefmarken. Listig dieser Mensch! Wir zahlten 0,70 DM Nachporto, nagen deswegen aber nicht am hungertuch. - Was sollte der freundliche Mensch daraus lernen? Einer allein kann nicht viel ausrichten! Leute, die keine Bonzen sind, müssen viele sein, wenn sie etwas ausrichten wollen! Also, freundlicher Mensch, sprich mit anderen Nachbarn, und organisiere viele die uns unfrankierte Briefe schicken sollen! Und wir versprechen, Euch zu helfen: Wir verweigern ab sofort die Annahme von unfrankierten Briefen und Du, freundlicher Mensch hast dann eine prächtige Aktion gegen die Post unseres Ausbeuterstaates organisiert! Und bei den munter steigenden Gebühren dieses Monopolunternehmens trifft diese Aktion sicher die richtigen!"



Nach Veröffentlichung des Flugblattes erreichten uns bzw. nicht, 4 Briefe dieser Art. Die Post ist um 2,80 DM geschädigt worden. "Europas größtes Unternehmen für soziale Kontakte", (so nennt die BRD ihr Unternehmen) arbeitet im Dienst einiger Herren Politiker, die sich gegenseitig hochbezahlte Posten zuschieben; im Dienst der großen Unternehmen, Banken, Versicherungen. Hier gelten dann nicht mehr die "normalen" Tarife. So befördert die Post seit Jahren verbilligte Werbesendungen. Schickt denen ihr Dreckzeug, das man sowieso nicht braucht, mit dem Vermerk "unerwünschte Zustellung" zurück. Sollen die dran ersticken!! Noch eins zu den unfrankierten Briefen. Um dem Briefträger nicht noch mehr Arbeit aufzuhalsen, schließlich müßte er in die Wohnungen um Nachporto zu kassieren, schickt die Briefe postlagernd. (Da können viele wohnen, das ist nicht kontrollierbar.)

DIE STADTHEILBÜCHEREI
ist jeden Donnerstag von
17⁰⁰ - 19⁰⁰ geöffnet.

Die „ROTE RITZE“ (RORi)
lesen und weitergeben!!

Verantw. i. S. d. P.
Hugo Schmitz-Hämmerli Eigendruck im
1/21 Stephanstr. 60 Selbstverlag



MO - DO ab 19³⁰
STEPHANSTR. 60 - FABRIK

DIE KLEINE ENTEIGNUNG

EIN ROLLENSPIEL:

Brot allein reicht nicht, man muß auch mal Fleisch essen. Und das ist verdammt teuer - wenn man es kaufen will. Man kann es aber auch enteignen. So, wie es die Gruppe von der hier erzählt wird, beschlossen und später durchgeführt hat. Diese Gruppe trifft sich vor der Enteignungsaktion noch einmal. Dabei ergibt sich folgendes Gespräch:
Auf die Frage, wer sich an der Aktion beteiligt, wie sie organisiert werden soll, sagt einer plötzlich:

Der Breite: "Also ich hab keine Lust..."

Die Anderen: "Wie, Du hast keine Lust...?"

D.B.: "Na ja, wie ich's gesagt hab. Ich hab keine Lust, morgen klauen zu gehen!"

D.A.: "Also hör mal, wir haben das doch gemeinsam geplant, da warst Du doch dabei und hast am lautesten geschrien, wie gut das wäre, wenn wir uns mal richtig an Fleisch sattfressen können. Und jetzt sagst Du einfach, Du hast keine Lust; laß die anderen mal machen und damit Schluß, oder wie...?"

D.B.: "...Neee, so mein ich das doch garnicht, aber ich hab eben keine Lust."

D.A.: "Man, hör auf mit Deinem 'Ich hab keine Lust', das nimmt Dir doch so keiner ab. Hinter dem Spruch steckt doch was ganz anderes. Kannst Du vielleicht dazu mal was sagen...?"

D.B.: "Wie, wozu soll ich was sagen...? Was wollt Ihr denn hören...? Soll ich sagen, daß ich Angst habe, daß ich mich nicht traue, oder sowas...? mensch, ist doch alles Quatsch, ich hab halt echt keine Lust und..."

D.A.: "Verflucht nochmal, hör auf mit den Sprüchen, das kotzt einen ja an."

D.B.: "...."

D.A.: "Merkst Du eigentlich nicht, daß Du dasitzt und den Breiten machst, den Django, den Furchtlosen? Vor wem spielst Du denn dieses Theater?"

D.B.: "Na, ja, ...weiß ich auch nicht...."

D.A.: "Was heißt, weiß ich auch nicht, denk mal ein bißchen nach!!"

D.B.: "Na ja, ich hab das Problem weggeschoben, ich hab keinen Bock, mich mit der Aktion vorher zu befassen..."

D.A.: "Wie machst Du das denn, wenn Du Dich mit solchen Aktionen vorher auseinandersetzt?"

D.B.: "Dann überleg ich mir eben, was alles passieren kann und so, ... und dann stell ich mich darauf ein..."

D.A.: "Und wie stellst Du Dich darauf ein?"

D.B.: "Ich mach dann die Aktion einfach."



D.A.: "Und was machst Du mit Deiner Angst? Wie verarbeitest Du die?"

D.B.: "... Hamm..."

D.A.: "Wohl garnicht, wa! Du hast ja keine, Du bist der Größte, stehst Du doch drüber, oder wie?"

D.B.: "Nein, Angst hab ich ja auch."

D.A.: "Ja Mensch, warum legst Du sie uns dann nicht auf den Tisch und willst uns stattdessen weismachen, das Ganze wäre ein Problem von irgend'ner komischen Unlust?"

D.B.: "Ja, das stimmt. Das kommt wohl daher, daß ich mich nicht mit meinem Schiss befasse. Ich laß die Angst erst garnicht hochkommen, oder, wenn sie mir hochkommt, steck ich sie schnell weg, verdräng sie. Ich geb das vor mir selber nicht zu, daß das ein Problem für mich ist!"

D.A.: "Und vor den Anderen kann man das erstrecht nicht zuge-

ben, wa! Da könnte ja das Image drunter leiden!"
D.B.: "Ja, Scheiße, so läuft das ab."

Alle: "Es ist aber doch auch so, daß man oft garnicht so genau weiß, vor was man nun eigentlich Angst hat."

"Also ich hab Angst davor, erwischt zu werden, vor den Leuten, die da rumlaufen bloßgestellt zu werden, ... als Dieb dazustehen."

"Bei mir ist das so, daß ich Angst habe, weil ich nicht weiß, was da so alles passieren kann, ... und wie ich mich verhalten soll, wenn ich geschnappt werde!"

"Also, wie ist das denn, wenn sie einen bei dieser Aktion greifen. Dann holen sie die Bullen, die Bullen nehmen Dich mit zum Personalien feststellen, das Kaufhaus erstattet Anzeige und Du kannst wieder gehen. Davor braucht keiner Angst zu haben, das ist kein Grund zum zittern."

"Ja, aber ich zitter mir trotzdem einen ab."

"Weil Du meinst, Du tust was verbotenes?"

"Na ja irgendsowas, das wird uns ja von klein auf eingebleut, 'Tu dies nicht, tu das nicht, Du sollst nicht stehen', usw."

"Und wenn du's trotzdem tust kommst du in die Hölle, jawoll!"

"Da ist doch drauf geschissen, wenn Du Hunger hast ist es Dein Recht, Dich sattzuessen. Überleg mal, was die uns jeden Tag im Betrieb an Leben und Lohn klauen. Da kannst Du doch nur noch zugreifen, einstecken, Tasche zu, an der Kasse vorbeigehen oder höchstens 'ne Mark für irgendeinen Scheiß bezahlen."

"Und was denn, wenn Du da erwischt im Supermarkt oder sonstwo stehst, sagst Du den Leuten laut und deutlich und selbstverständlich: 'Hier, ich bin ein Dieb, ein Krimineller, ich hol mir was ich brauche, und das ist mein Recht. Es ist genug für alle da. Was uns gehört, brauchen wir nicht zu bezahlen. Laßt Euer Geld zu Hause, ENTEIGNET DIE ENTEIGNER!!!!'"

DER KLASSENBUCH-KLAW GEHT UM!

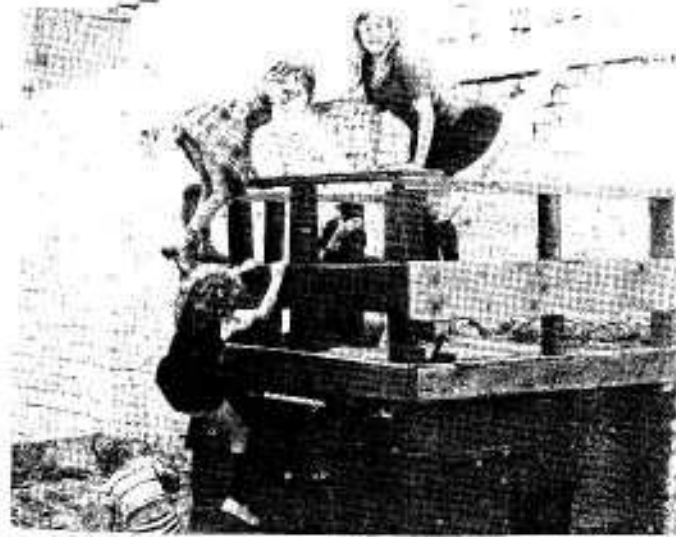
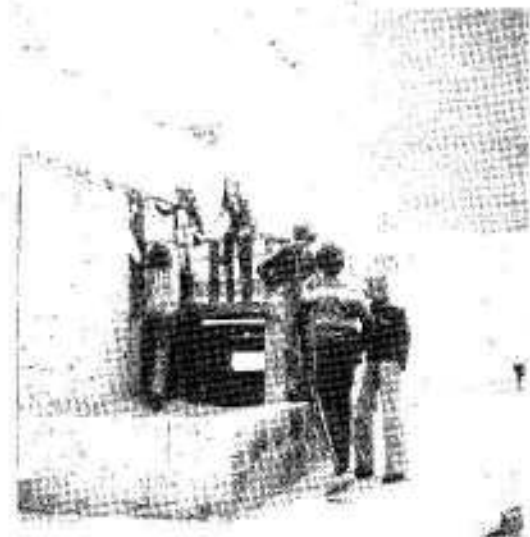
Am Wochenende zwischen dem 7. und 10. Juni wurde in der Albert-Schweitzer-Schule in Kassel eingebrochen und der größte Teil der Klassenbücher geklaut. Einige Tage später erreichte die Kasseler Schülerzeitung "Auseinandersetzung" folgende Presseerklärung: "Wir, die Schülersaufsichtsbehörde, erklären uns für den Einbruch in der Albert-Schweitzer-Schule und den Diebstahl der Klassenbücher verantwortlich."

Klassenbücher sind vor allem ein Mittel, um Schüler zu dis-

ziplinieren und einzuschüchtern, besonders in den unteren Klassen. Deshalb werden wir die Bücher auswerten und anschließend vernichten. Die Ergebnisse werden der Schüler- und Studentenzeitung "Auseinandersetzung" übermittelt.

Die Abschaffung der Klassenbücher, der Einträge, der Strafarbeiten und des Nachsitzens sind ein erster Schritt, um unsere Situation in der Schule erträglicher zu machen. Dies reicht jedoch bei weitem nicht aus. Mehr wird folgen müssen. Die Schülersaufsichtsbehörde."

VOM HINTERHOF ZUM SPIELHOF



... und wie sieht es auf Euren Höfen aus ?

SCHAFFT 1, 2, 3 VIELE SPIELRÖPE!

Setzt Euch mit Euren Nachbarn zusammen und organisiert den gemeinsamen Aufbau von Spielgeräten!

Wir helfen Euch! Telefon 395 80 83

Alle
Macht
den
Kindern !!

13

ERKLÄRUNG ZUR WM

WISSENSINFORMATION:

In Auftrag der von uns anwaltlich vertretenen politischen Gefangenen Brigitte Hohnhaupt und Bernhard Braun übersenden wir in der Anlage deren Prozedurklärung. Diese Erklärung wurde in der Hauptverhandlung vor Gericht in Berlin zu Beginn des Strafverfahrens am 29.5.74 abgegeben. Die Gefangenen nahmen darin zu Pressmeldungen Stellung, Mitglieder RAF planten Raketenanschläge auf Fußballstadion (Welt 15.3.; Südt. Z. 31.3.; Spiegel 10.6.) oder Trinkwasservergiftungen deutscher Großstädte, um die Freilassung von Gefangenen zu erreichen.

Diese Meldungen werden als Teil einer Diffamierungskampagne gewertet, um die Verschärfung der Haftbedingungen und die Behinderung der Verteidigung zu rechtfertigen und die dagegen gerichteten Proteste der Verwandten, der Verteidiger, von Pastoren und den Komitees gegen Folter in der BRD. zu verdecken.

In der Presse wurde über den Inhalt dieser Erklärung nicht berichtet.

Rechtsanwälte
Erböbele, Berlin
Croissant, Lang, Stuttgart
Groenewold, Degenhardt, Hbg.
Hoffmann, Berlin

FÜR DIE GEFANGENEN DER RAF
am 29.5.74 in Berlin

Die Drohung, das Hamburger Fußballstadion mit Raketen zu beschleichen, ist eine Bullemeldung, ist eine von den Verfolgungsbehörden: Verfassungsschutz, Sicherungsgruppe, Bundesanwaltschaft, Politische Polizei, Innenministerien in Zusammenarbeit mit Pentagon, CIA und Fort Bragg geplanten Antiguerrillastrategie ausgesetzte "Nachrichtepflanze" (wie man sozusagen im Jargon der Geheimdienste nennt).

"Nachrichtepflanzen" setzen die Staatsschutzbehörden aus, um die öffentliche Meinung in einem Land für Aktionen des Staatsapparats zu konditionieren, um Bewegungen und Erkenntnisprozesse im Volk zu manipulieren, um das politische Klima bis tief in den zivilen Bereich für Polizeikaktionen zu instrumentalisieren.

Die Bedingung dazu sind die imperialistischen Medien - Journalisten, die sich als Konzernjournalisten mit den Zwecken der Konterrevolution identifizieren, nichts anderes mehr sind als Agenten von counterinsurgency gegen das Volk.

Die Meldung hat dieselbe faschistische Handschrift wie die im Juni 72 von den Bullen lancierte Bombendrohung gegen die Bevölkerung von Stuttgart, von der die Bundesanwaltschaft inzwischen zugeben musste (Bundesanwalt Träger im Mahler-Prozess), daß sie aus der Ecke der Menschenjäger stamme.

Da die Verfolgungsbehörden als Urheber der Drohung zu identifizieren, braucht man keine nachrichtendienstlichen Informationen: die Handschrift der Drohung ist die von Faschisten, weil sie das Blutbad nennt. Greuelpropaganda ist, Terror gegen das Volk.

Die revolutionäre Guerilla droht nicht, sondern handelt. Ihre Angriffsziele sind die Institutionen des Imperialismus: Militär, Polizei, Konzerne, Bürokraten, die Informations-, Kommunikations- und Kommandozentralen des US-Imperialismus in dieser amerikanischen Kolonie und der mit ihm kollaborierenden herrschenden Klasse hier. 5

Sie benutzt bei Gefahr für Unbeteiligte das Mittel der rechtswidrigen Warnung, der Unterrichtung. Was die Bullemeldung der Guerilla unterzuschieben versucht, ist das Gegenteil von Guerilla-Aktionen: Unberechenbarkeit, Terror um seiner selbst willen, Gericht ungezielte Gefahr, die Drohung mit Massenmord, der Millionen von Menschen phantastisch und hilflos ausliefert.

Die Meldung zielt als Mittel psychologischer Kriegsführung dahin, wo die Guerilla herkommt, in die Gefühle, die Seele, das Bewußtsein des Volkes, weil die Wirkung der militärischen Aktion der Guerilla in der ersten Phase vor allem eine politische, eine ideologische ist: Befreiung von Resignation - Befreiung der Phantasie - Polarisierung - Politisierung.



Weil durch sie die Frage nach dem Sinn von Leben gestellt ist und Fragestellungen im Bewußtsein von vielen, im Denken von Millionen Fuß fassen, die mit dem rohen, brutalen, auf Profit, Konkurrenz, Tauschwert und Egoismus ausgerichteten Besitzmaterialismus des Systems unversöhbar sind - um schon dem Gedanken an Befreiung zuöhnen, antis imperialistische Fragestellungen auszumerzen, noch bevor sie sich selbst bewußt geworden sind und in Handlung umgesetzt werden können.

Sie zielt darauf, das Wasser, aus dem Guerilla kommt, in dem sie agiert, zu vergiften, das Volk gegen seine eigenen Bedürfnisse, Interessen und Utopien aufzusetzen, zu einem Volk von Bullen zu machen. Sie zielt darauf, jeden einzelnen als Mensch, als moralisches Subjekt zwischen Befreiung und Verbrechen, Revolution und Faschismus zu zerreißen und zu zerschneiden. Neue Umfragen haben ergeben, daß sich von 80 Schülern zwölf mit den

Aktionen der RAF identifizieren, und frühere Umfragen (Frühjahr 72) haben ergeben, daß jeder fünfte zwischen 20 und 30 von sich sagt, er würde strafrechtliche Verfolgung in Kauf nehmen, wenn es darum geht, Kämpfer der Roten Armee Fraktion vor der Polizei für eine Nacht bei sich zu verstecken. Die Moral des Volkes, mit anderen Worten, deckt sich nicht mehr mit den Imperativen des Strafgesetzbuchs, sondern folgt gegenüber revolutionärer Initiative ihrer eigenen Erkenntnis. Das erklärt die Nervosität der Verfolgungsbehörden - ihre Angst, ihre Aggressivität, ihre blutrünstige Strategie.

Die Meldung suggeriert Plausibilität, indem sie an den Falschmeldungen und Verdrehungen über den Anschlag des Schwarzen September 1972 in München durch die deutschen Medien und Behörden anknüpft, an den Lügen, die da verkauft worden sind. Aber in München waren das Angriffsziel genau nicht die Zuschauer auf den Tribünen, sondern eine Truppe israelischer Soldaten, Propagandisten des israelischen Imperialismus, die gefangen genommen wurden, um gegen gefangene Revolutionäre Austausch zu werden.

Eine menschliche, nach Zeit, Ort und Objekt gezielte antis imperialistische Aktion: die einem Spektakel des Schauspielers, einem Spektakel imperialer Selbstdarstellung die Maske über den Klassen und Klassenkämpfen zu stehen, wegsprengt und für einen Moment die Präsenz aller Nachrichtenmedien der Welt an einem einzigen Ort für die Revolution, für die Erkenntnis der Wirklichkeit des Imperialismus und der Möglichkeiten von antis imperialistischer Aktion ausnutzt.

Kein Unbeteiligter, keiner, der im Krieg Israels gegen Palästina nicht Partei ist, wurde bebeligt. Es war die deutsche Polizei, die die Aktion in einem Blutbad liquidiert hat.

Die Staatsschutzbehörden versuchen mit dieser Meldung psychologisch kalkuliert eine unpolitische Identifikation von einigen Millionen Fußballfans mit den israelischen Sportlern auszubeuten, versuchen Sicherheit für die Ökonomen als Sicherheit fürs Volk zu verkaufen, und schaffen sich so den Polizeistaat, in dem das Volk sich nicht mehr drehen kann, ohne daß ein Bulle da steht.

Was nur geht, wenn das Volk dazu ja sagt. Und es sagt ja - nach dieser Manipulation, solange es in den Nutzen messern nicht die Urheber erkennt: Kapital, Bullen.

Zur Technik psychologischer Kriegsführung gehört, daß die Meldung Monate im voraus ausgestreut worden ist.

Ende Januar erhielten - nach telefonischer Auskunft von dpa - einige bürgerliche Zeitungen Durchschläge eines maschinengeschriebenen Textes, in dem angeblich die RAF ankündigt, sie würde am 22. Juni zur Fußballweltmeisterschaft das Hamburger Volksparkstadion mit Raketen (sam-7) beschleichen. Am 2. Februar brachte die Hamburger Morgenpost diese Mel-

14

dung als Schlagzeile. Am 4. Februar fanden die lange im voraus geplanten Verhaftungen von Kämpfern der RAF in Hamburg und Frankfurt statt. Wenn man dazu weiß, daß die imperialistischen Medien über revolutionäre Aktionen nur auf der Grundlage von Polizeiberichten informieren, wird die Funktion der Meldung klar: So behalten es sich die Verfolgungsbehörden vor, sie nochmal und nochmal als Schlagzeile aufzublasen, sie als propagandistischen Feuerschutz für Nullaktionen zu benutzen, um Liquidationen als rechtmäßig zu verkaufen, um die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel bei Effizienzreinsätzen und Fahndungsaktionen zu manipulieren, auszuschalten.

Sie ist auch ein Gegenangriff gegen die Proteste gegen Folter an gefangenen Revolutionären, weil man hier so gut wie in Griechenland oder Brasilien oder England weiß, daß es für Folter keine Rechtfertigung gibt.

daß es aber die Proteste abschwächt, wenn es gelingt, den Revolutionären die Verbrechen des Systems in die Schuhe zu schieben. Sie ist schließlich ein Mittel, um der Justiz in den RAF-Prozessen aus der Beweisnot herauszuhelfen, um juristisch unhaltbare lebenslängliche Urteile von 10, 12, 15 und 25 Jahren fällen zu können, um den Skandal,

der diese Prozesse bereits sind, noch zu entgehen;

ein Mittel um die Transformation der Justiz zu nichts als einer Marionette des Imperialismus, zur Ziehpuppe von Innenministerien und Bundeskriminalamt zu beschleunigen und durchzusetzen.

Wir denken: Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht.

Wir denken: Wenn die Faschisten zu Mitteln greifen, die so barbarisch sind, wie es diese Meldung ist - wenn sie ihre Lage als so aussichts-

los einschätzen, daß sie mit solchen Vernichtungspartien auskommen, wenn sie ihren Laden so ausverkauft finden, daß sie schon jetzt, wo die Guerilla noch schwach ist, mit ihrer Grauel- und Gegenpropaganda bis zum Äußersten gehen, sodaß die nächste Stufe der Eskalation nur Wirlysuu in Stuttgart, My Lai in Hamburg sein kann, dann ist das gut und nicht schlecht.

Es klärt die Situation. Jeder kann sehen, was für Schweine das sind, die hier die Macht haben, daß hier gilt, was überall in der Welt gilt: "Daß alle Imperialisten und ihre Lakaien in den Händen das Schwert haben, um das Volk zu ermorden" - und daß es unsere Sache ist, mit ihnen das zu machen, was sie mit uns vorhaben: sie vernichten.

Das Volk hat von den Feinden des Volkes nichts anderes zu erwarten als Feindschaft.

Es liebe die RAF!

Es liebe der Sieg im Volkskrieg!

JETZT HAT RICHTER ZIEGLER ES SCHWARZ AUF GRÜN: ER IST EIN FOLTERKNECHT!

Die revolutionären Dekorateure haben wieder zugeschlagen!!!

Ziegler, das Schwein, hat wie bekannt ist, Margrit Schiller zu 2 Jahren, 9 Monaten verknackt, außerdem ist er zuständig für alle Schweinereien und Terrorurteile gegen die Hausbesetzer der Ekhofstraße! Von den Hausbesetzern sitzen seit 13 Monaten immer noch zwei (Sigi Werber, Peter Fröhlich) in Folterhaft.

Große Mengen eines Unkrautvernichtungsmittels haben seine

bisher ungetrübte Reproduktions-sphäre verändert.

Dies kann und soll keine Ahndung seiner Schweinereien sein, sondern ein Denkwort.

Der revolutionäre Kampf läßt sich nicht ersticken!!!

Vernichtungsversuche an Genossen produzieren neue Solidarität!!!

Wer Sturm sät wird Feu ernten! In diesem Sinne macht weiter, bildet das nächste Glied in der Kette!!

PHANTASIE AN DIE MACHT!

Kommando grüner Juni

KOMMANDO
"SCHWARZER
JUNI"



Die "Bewegung 2. Juni" meldet: Ein Volkstribunal hat Ulrich Schmücker zum Tode verurteilt: "Schmücker war nicht nur ein Verräter und Konterrevolutionär, sondern nach eigenen Angaben ein Agent des Verfassungsschutzes."

und weiter: "In den frühen Morgenstunden (des 4.6.74) wurde der Konterrevolutionär und Verräter Ulrich Schmücker hingerichtet."

fängnissen praktizierten Isolationsfolter, ist Folterforscher, Handlager des Imperialismus und als solcher von uns behandelt worden. Dank LOKG-Unkrautvernichtungsmittel wird seine "Privatsphäre" einiges von ihrer entspannenden Wirkung verloren haben.

Wir haben nichts gegen Gärten - ganz im Gegenteil! Aber solange Gross' Garten als privates ihm eigentümliches Reproduktionsmittel der Folterforschung dient, bleibt uns keine Wahl.

Zwei weitere wichtige Mitarbeiter von Gross: P. Kempe, 2 Hamburg 20, Erikastr. 99, und die Kinderärztin Prof. Dr. Hedwig Wallis, 2 Hamburg 52, Parkstr. 22.

Wir können die camera silens noch nicht verhindern, aber wir können ein klein wenig mehr tun, als sie zu denunzieren. Genossen, wir haben das gemacht, was richtig ist und was wir tun konnten.

Solidarität mit der RAF!

WARUM PROF. DR. JAN GROSS NICHT MEHR GERN AUS DEM FENSTER BLICKT

Seit Montag, dem 10. Juni, blickt Prof. Dr. med. Jan Gross von der Panoramascheibe seines Wohnzimmers im Hamburger Stadtteil Stellingen, Ansgarweg 3f, nicht mehr auf einen bis dahin von ihm liebevoll und mühsam, aber auch freudig gepflegten wunderhübschen Garten, sondern nur noch auf ein eher wüstenähnliches Fleckchen Erde mit verdorrten Blumen und verbrannten Rasenflächen.

Herr Gross ist, das dürfte sich rumgesprochen haben, Leiter des SFB 115 an der Uniklinik Eppendorf, der sogenannten camera silens. Er beschäftigt sich mit der Perfektionierung, Effektivierung der in westdeutschen Ge-

PHANTASIE AN DIE MACHT!

CHILE SI-JUNTA NO!



Am 4. September 1970 gewinnt Salvador Allende als Kandidat der Unidad Popular (Volkseinheit), einer Koalition aus sechs Parteien der Linken, die Präsidentschaftswahl in Chile. Die multinationalen Konzerne, allen voran ITT, und die chilenischen Geldsäcke versuchen vergeblich, den Amtsantritt von Allende zu verhindern. Die Regierung Allende beginnt mit der zügigen Durchsetzung ihres Programms: Sozialisierung von Monopolunternehmen; Enteignung von Großgrundbesitzern; Kauf von Bankaktien, um die Kontrolle über das Banksystem zu gewinnen; erhebliche Steigerung

von Löhnen, Familienzuschlägen und Sozialrenten; Preiskontrolle, um die Inflationsrate zu senken. Die Inflationsrate erreicht den absoluten Tiefstwert; die Arbeitslosigkeit wird um die Hälfte gesenkt.

Der MIR (Bewegung der revolutionären Linken, 1965 gegründet, in den Jahren 1969 und 70 im Untergrund arbeitend, nicht an der Regierung beteiligt) kritisiert: Die Regierung versäumt, die Massen politisch zu organisieren und Pöbel Populär (Volksmacht) aufzubauen.

Die USA verhängen über Chile die Wirtschaftsblockade, unterstützen finanziell chilenische rechte und faschistische Verbände, bauen in der US-Botschaft in Chile ein sogenanntes "coup-team" (Staatsstreichteam) auf. Die rechten Parteien (Christdemokraten und Nationale Partei) verstärken ihre Zusammenarbeit, um die Regierung wirkungsvoller zu bekämpfen.

Die Regierung versucht, die Mittelschichten (mittlere und kleinere Unternehmer, Selbstständige usw.) auf ihre Seite zu ziehen; sie verhandelt mit den Christdemokraten und macht Zugeständnisse an die Mittel-

15

16

schichten, die zu extremen Preissteigerungen führen. Die mittleren und kleinen Unternehmer haben noch nie soviel Profit gehabt wie unter Allende. Die Verhandlungen mit den Christdemokraten scheitern.

Der MIR kritisiert: Die Politik der Zugeständnisse an die Christdemokraten, die Politik der Abmachungen in den Gängen des Parlaments - hinter dem Rücken des Volkes - kann nur den Rechten dienen. Die Politik der Garantien und Zugeständnisse an die Bourgeoisie wird von ihr nur mit Verschwörung gegen die Regierung, Weigerung zu investieren, Sabotage, Warenhortung und Spekulation, Devisenflucht und faschistischem Terror beantwortet. Zusätzlich muß die Regierung, um diese Zugeständnisse an die Mittelschicht durchführen zu können, einen Angriff gegen die Interessen der Armen richten; es beweist, daß die einen nur zu Ungunsten der anderen begünstigt werden können. Der MIR betrachtet es als Einleitung der Niederlage der Unidad Popular; daß sie versucht, den Mittelstand einfach zu kaufen. Der MIR fordert stattdessen durch die politische Organisation der Arbeiter und Armen, Machtverhältnisse herzustellen, die auch den Mittelstand mitreißen.

Diese Politik der Zugeständnisse wird vor allem von der an der Regierung beteiligten kommunistischen Partei Chiles vorangetrieben, die eine Abgrenzung der Unidad Popular vom MIR fordert.

Die Arbeiter im Südwesten Santiagos gründen gemeinsame politische Organisationen zum Kampf gegen Klassenjustiz und Parlament. Die KP beteiligt sich nicht!

Auf Initiativen der unteren Ebenen der linken Parteien kommt es in Concepción zu einer Volksversammlung, auf der u.a. der Aufbau der Volksmacht diskutiert wird. Die KP beteiligt sich nicht. Die nationalen Füh-

rer der Unidad Popular Parteien verurteilen diese Volksinitiative: der Preis für die Mausechelen mit den Christdemokraten ist das Unterdrücken von selbständigen Initiativen des Volkes.

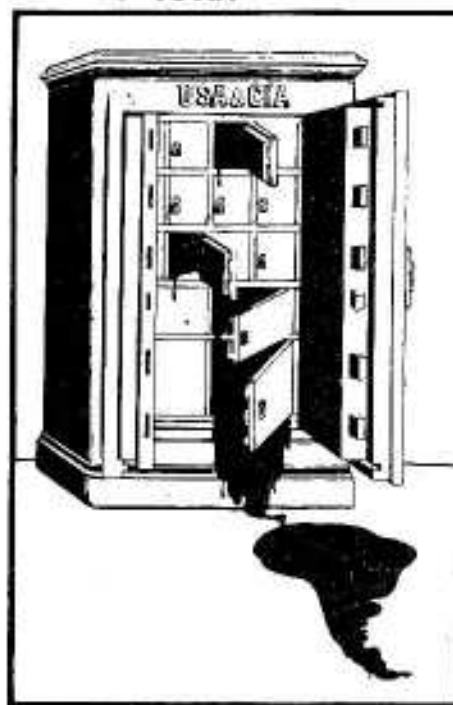


Die erste Großoffensive der Rechten (Okt.-Nov. 1972)

Die enteignete USA-Kupfergesellschaft Kennecott beantragt bei einem Gericht in Paris ein Embargo des chilenischen Kupfers (Chiles wichtigster Exportartikel). Am 11. Okt. 72 rufen die Führerunternehmen zum nationalen "Streik" auf - bestochen vom ITT-CIA: den Führerunternehmen steht während dieser Zeit mehr Geld zur Verfügung als vorher. Die Einzelhändler, rechten Ärzte, Architekten, Anwälte schließen sich an. Die Regierung übt Druck aus und versucht zu verhandeln.

Der MIR fordert die Enteignung der Führerunternehmen. Trotz aller Bestechungsversuche nehmen die Arbeiter nicht am "Streik" teil. Die Arbeiter organisieren sich zum Schutz und zur Weiterführung der Produktion in den Industriegürteln. Unternehmen, deren Besitzer die Produktion einstellen wollen, werden von den Arbeitern besetzt und es wird weiter produziert. In den Wohnvierteln organisiert die Bevölkerung Gemeindefronten, um die Versorgung unter Ausschluß der Händler zu gewährleisten. Massenhaft werden freiwillige Arbeitseinsätze geleistet.

Die rechten Parteien verfolgen unterschiedliche Strategien: die Nationale Partei will den sofortigen Sturz der Regierung; die Christdemokraten wollen ein wirtschaftliches Chaos herstellen, um bei den nächsten Wahlen die 2/3 Mehrheit zu gewinnen, und dann Allende absetzen.



Am 21. Okt. 72 tritt das berüchtigte Gesetz über die Kontrolle des privaten Waffenbesitzes durch das Militär in Kraft. Dieses Gesetz ist gegen die Bewaffnung des Volkes gerichtet. Die Regierung Allende mauschelt mit den Christdemokraten einen Kompromiß aus und bildet das Kabinett um. So wird das Interesse des Volkes auf die neue Ministerliste und die kommenden Wahlen abgelenkt - die Mobilisierung des Volkes läßt nach.

Am 6. Nov. 72 lassen die Führerunternehmen die Lastwagen wieder laufen.

Der Wahlkampf (Nov. 72 - März 73)

Der "Unternehmerstreik" hat starken wirtschaftlichen Schaden angerichtet, der zur Fortsetzung der Inflation, zur verstärkten Spekulation auf dem Schwarzmarkt und zu Versorgungsschwierigkeiten bei bestimmten Konsumgütern führt. Der KP-Wirtschaftsminister kriecht der Bourgeoisie weiter in den Arsch: Er bringt ohne

Absprache mit den anderen Parteien der Unidad Popular einen Gesetzentwurf ein; die Zahl der zu enteignenden Unternehmen soll verringert werden und schon sozialisierte Betriebe sollen den Bonzen wieder zurückgegeben werden.

Die Sozialistische Partei (Allende) protestiert dagegen. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten übertrifft die Unidad Popular bei den Wahlen vom 4. März 73 mit 44 % bei weitem ihr Ergebnis in den Präsidentschaftswahlen von 1970. Die Rechten haben ihr Wahlziel nicht erreicht.

Die Rechten gehen erneut zum Angriff über (März - Juni 73)

Ein von der Regierung eingebrachtes Projekt zur Demokratisierung des Schulwesens und zur Schaffung einer nationalen Einheitsschule nehmen die Rechten zum Anlass zu einer heftigen nationalen Kampagne gegen die Regierung Allende. Ende April beginnen Beschäftigte einer Kupfermine (35% der Belegschaft, zumeist Angestellte und Techniker) unter dem Einfluß von christdemokratischen Gewerkschaftsführern einen 8-wöchigen Streik für die Gewährung zusätzlicher Privilegien. In Santiago kommt es zu schweren Zusammenstößen zwischen Christdemokraten und Linken.

Am 16. Juni fordert die Nationale Partei zum konsequenten Ungehorsam gegenüber der Regierung auf.

Am 21. Juni führt der Gewerkschaftsbund einen allgemeinen Streik durch. Auf einer Massenkundgebung (700.000 Teilnehmer) fordert Allende zum ersten Mal die Schaffung von Volksmacht als Alternative zum bürgerlichen Staatsapparat.

Am 29. Juni versucht das 2. Panzerregiment in Santiago den Präsidentenpalast zu stürmen. Der Putschversuch wird von verfassungstreuen Truppen unter General Prats niedergeschlagen.

Die Arbeiter besetzen viele Fabriken und verstärken die Verteidigungskomitees.

Die zweite große Konfrontation (Juli - Sept. 1973)

Unterstützt durch zahlreiche Terrorakte der Faschisten wiederholen die Unternehmerverbände ihren Versuch, die Regierung zu stürzen. Mitte Juli 1973 beginnen Teile des Militärs in Anwendung des berüchtigten Waffenkontrollgesetzes mit der systematischen Durchsuchung von Fabriken und Parteigebäuden der Linken nach Waffen. Die Razzien werden mit großer Brutalität durchgeführt. Proteste der Gewerkschaften und Parteien werden nicht gehört. Die bewaffneten Gruppen der Rechten bleiben unbehelligt. 26. Juli: Der Führerunternehmerverband ruft erneut einen unbefristeten nationalen "Streik" aus, dem sich die am Oktoberstreik beteiligten Unternehmerverbände wieder anschließen. Allendes Marine-Adjutant wird ermordet. Der Mord ist Auftakt zu einer grossen Serie von Terrorakten, Sabotageanschlägen und weiteren Morden, die den "Streik" der Führerunternehmer begleiten und unterstützen. 7. August: Zahlreiche Matrosen und Marinearbeiter werden verhaftet und z.T. schwer gefoltert, weil sie sich gegen Putschpläne aussprechen. Der regierungstreue GeneralPrats wird von anderen Generälen angegriffen und zum Rücktritt als Oberbefehlshaber des Heeres aufgefordert. Am 24. August tritt Prats mit Hinweis auf die in der Armee bestehenden Putschneigungen zurück.

Der MIR veröffentlicht konkrete Daten über Putschpläne und Vorbereitungen in der Armee und der Luftwaffe. Mächtige Parteien und Verbände fordern Allende zum Rücktritt oder Selbstmord auf. Zum 3. Jahrestag der Wahl Allendes (4. Sept. 73) versammeln sich 800.000 Linke, vor denen Allende erklärt, er werde nur zurücktreten, wenn sie es von ihm forderten. Am 10. Sept. 73 weigern sich die Arbeiter einer sozialisierten Fabrik eine Durchsuchung nach Waffen zuzulassen. Es kommt zu Verletzten, die Militärs foltern Arbeiter.

Der Putsch (11. September 1973)

Am 10. Sept. sind alle Putschvorbereitungen getroffen: in Valparaiso laufen chilenische Kriegsschiffe zu gemeinsamen Flottenmanövern mit der Kriegsmarine der USA aus. Während drei Kreuzer und ein U-Boot der US-Flotte weiter in chilenischen Hoheitsgewässern kreuzen, laufen die Kriegsschiffe der chilenischen Marine am 11. Sept. 73 um ein Uhr früh in den Hafen von Valparaiso ein. Valparaiso wird besetzt. Der Putsch hat begonnen - die Armee schlägt zu. Allende begibt sich in den Präsidentenpalast von Santiago und fordert über Radio die Arbeiter und Soldaten zum Widerstand auf. Die Oberbefehlshaber der Teilstreitkräfte und der bewaffneten Polizei stellen ihm ein Rücktrittsultimatum. Allende weigert sich - der Palast wird bombardiert. Allende stirbt mit der Waffe in der Hand.

Das Militär greift die Industriegürtel, Arbeiterviertel und Elendssiedlungen an: das Arbeiterviertel im Süden Santiagos wird zerstört, die Bewohner massakriert.

Die Technische Universität Santiagos wird mit Panzern und Flugzeugen angegriffen - viele Studenten werden ermordet. Das Nationalstadion und das Stadion von Chile, beide in Santiago, werden zu Gefangenenlagern und Folterstätten hergerichtet. Die Militärs richten auf verschiedenen Inseln Konzentrationslager ein. In Südchile kommt es zu blutigen Vergeltungskampagnen gegen Landarbeiter. Elendssiedlungen werden mit Napalmbomben angegriffen, anschließend mit Panzern niedergewalzt. Die Zahl der Toten geht in die Tausende. Heftige Kämpfe in vielen Orten; Widerstand in den Fabriken, Kupferminen; Widerstand von Teilen der Armee; Widerstand in den Arbeitervierteln, auf dem Land...

Der Terror herrscht in Chile: 30.000 Ermordete, 100.000 Gefangene... Die USA gewährten der Militärjunta sofort nach dem Putsch einen Kredit in Höhe von 24 Mill. Dollar!

Der Widerstand des Volkes

Die Kämpfe ziehen sich über Wochen hin. Doch in der direkten Konfrontation ist das schlecht bewaffnete Volk den Militärs - unterstützt von CIA und brasilianischen Folterknechten - noch unterlegen. Der Widerstand wird im Untergrund organisiert. Guerilla-Einheiten bilden sich. Der MIR hat den Putsch mit den geringsten Verlusten überstanden und arbeitet heute relativ regulär. Das Volk bereitet sich auf einen langen revolutionären Krieg vor.

Ein Journalist sprach nach den Bombardierungen von Fabriken und Siedlungen mit chilenischen Frauen, deren Männer sich in den Fabriken verschanzt hatten. Ihm sagte eine ältere Arbeiterin: "... Wir müssen vorwärts marschieren, das bleibt nicht so, das ist nicht von Dauer. Wir sind ruhig, total ruhig, obwohl unsere Söhne und Erüder

gefallen sind. Das Volk lässt sich nicht von den Faschisten betrügen. Allende ist für uns nie gestorben, er wird weiter existieren in unseren Herzen. Wir werden über diese Gorillas, diese Kanillen, diese reichen Schurken siegen, die gekommen sind, uns zu unterbrechen."



BERLINER SOLIDARITÄTS- AKTION MIT CHILE

Wir haben eine Bombe in das Chilenische Konsulat gelegt.

Schon Wochen vor der WM versuchte die Presse, der Fußballweltmeisterschaft den Schein eines unpolitischen Spektakels zu geben. Sie versuchte, von dem grausamen Faschismus in Chile abzulenken: Tausende von Menschen werden dort auch jetzt noch gefangengehalten, gefoltert und ermordet. Die Bevölkerung leidet unter zunehmender Arbeitslosigkeit und Teuerung. Hübner, Neubauer und Schütz wissen das alles ganz genau. Sonst hätten sie nicht aus Angst vor vermeintlichen Terroranschlägen den Aufenthalt der Chilenischen Fußballmannschaft mit einem derartigem Aufgebot an Schutzmaßnahmen versehen. Auf das Hirngespinnst, daß die Chilenischen Fußballer und Zuschauer mit Raketen angegrif-

fen werden sollten, konnten nur diejenigen kommen, die den Linken unterstellen wollen, daß ihnen Menschenleben egal sind.

Wir haben den Zeitpunkt des Anschlages und die Menge des Sprengstoffes nach ausführlichen Beobachtungen sorgfältig gewählt. Die Aktion richtet sich gegen den Glauben, daß die faschistische Militärdiktatur Chiles hier ungehindert eine offizielle Vertretung unterhalten kann.

Zusammen mit den Aktionen im Olympia-Stadion am 14.6. und der Chile-Solidaritätsdemonstration am 15.6. zeigt der Bombenanschlag den breiten Widerstand gegen die Militärjunta und die Solidarität mit dem kämpfenden chilenischen Volk. CHILE SI JUNTA NO !

Revolutionäre Zelle

19

20

ALLE MACHT DEM VOLK!